

## Hinweise zum Beratungsablauf "Umbau" von Pflegeeinrichtungen (vollstationär und teilstationär)

	gesetzl. Grundlage	Handelnder	Verfahrensschritt	Arbeitshinweis
1	Hierbei handelt es sich um grundsätzliche Hinweise für die Beteiligten. Das eigentliche "Verfahren" beginnt mit Ziff. 4!	Einrichtungsträger	wendet sich an den LV zur generellen Beratung zu Finanzierungsfragen	LV entscheidet, ob eine konkrete Beteiligung des öSHT zu diesem Zeitpunkt erforderlich ist. Es sollte aber eine Info an den öSHT über die Beratung erfolgen.
2		Einrichtungsträger	Einrichtungsträger wendet sich mit konkreter Planung an den LV	LV verweist an den öSHT
3		Einrichtungsträger	Kontaktaufnahme mit dem öSHT, Prüfung des Planungsstandes durch öSHT	Bestehen Abstimmungen nach altem Recht?
4	§ 7 Abs. 6 APG i.V.m. § 11 Abs. 7 APG	öSHT	Berücksichtigt verbindliche Bedarfsplanung bei zusätzlichen Plätzen	a) besteht lt. verbindl. Bedarfsplanung Bedarf => Fortsetzung des Verfahrens b) besteht lt. verbindl. Bedarfsplanung kein Bedarf => ist das Verfahren an dieser Stelle für zusätzliche Plätze beendet; die Umbauplanung im Rahmen des Bestands-schutzes kann durchgeführt werden.
5	§ 7 Abs. 6 APG ist nicht erfüllt	öSHT	Verfahren <u>ohne</u> verbindliche Bedarfsplanung	Fortsetzung des Verfahrens
6	§ 10 Abs. 2 APG DVO	öSHT	<b>1. Beratungsgespräch</b>	unverbindlich, Erteilung eines Beratungsnachweises nach § 10 Abs. 2 APD DVO ohne Bindungswirkung für das weitere Verfahren. Hinweis: Für weiteres Verfahren sind Bestandspläne, Konzeption zur Umbauplanung und Ermittlung der Restwerte der Bestandseinrichtung vom Einrichtungsträger dem öSHT vorzulegen.
7	§ 10 Abs. 3 APG DVO	Einrichtungsträger	legt im 1. Beratungsgespräch fest, ob Bescheid mit Bindungswirkung nach § 10 Abs. 3 APG DVO gefordert wird	wenn kein Bescheid mit Bindungswirkung gewünscht, dann weiteres Verfahren bei <b>Ziffer 16</b> Ferner ist eine Vorstellung in der Konferenz Pflege und Alter erforderlich
8	§ 13 Abs. 3 APG DVO	öSHT	Vorstellung in der Konferenz Pflege und Alter auf Antrag des Einrichtungsträgers (§ 13 Abs. 3 S. 2 APG DVO)	der öSHT muss die Vorstellung in der Konferenz Pflege und Alter innerhalb von 6 Monaten sicherstellen
9	§ 10 Abs. 4 APG DVO	Einrichtungsträger	legt prüfungsrelevante Unterlagen vor	Anmerkung: bei Mieteinrichtungen ohne Kostenaufstellungen (es sei denn, es ist eine konkrete Vergleichsberechnung gewünscht).
10	§ 10 Abs. 1 APG DVO	öSHT	übersendet Planungsunterlagen unverzüglich an den LV	LWL: Herr Engelbrecht, Abt. 20 (von hier erfolgt die Weiterleitung an den BLB)
11	§10 Abs. 1 APG DVO	öSHT, LV und Einrichtungsträger	Ortstermin	Festlegung der jeweiligen Aufgaben der Beteiligten und der weitere Verfahrensablauf, Differenzierung der neuen Planung in "gesetzl. zwingend geforderte Maßnahmen" und "gesetzl. <b>nicht</b> zwingende Maßnahmen".
12		Einrichtungsträger, öSHT	Einrichtungsträger legt die konkreten Planungsunterlagen dem öSHT vor	Weiterleitung an den LV
13		öSHT und LV	tauschen sich über die Planungen und Kosten aus	Differenzierung und Bewertung der finanziellen Auswirkungen auf das Pflegewohngeld
14		öSHT, LV und Einrichtungsträger	ggfls. Ortstermin	Abstimmung und Festlegung der durchzuführenden Maßnahmen
15	§10 Abs. 3 Ziffer 2 APG	öSHT und LV	Entscheidung über Ausnahmen zur Überschreitung von Angemessenheitsgrenzen im Einvernehmen	sofern kein Einvernehmen erzielt werden kann, entscheidet der öSHT
16	§ 10 Abs. 1 S. 2 APG DVO	LV	Erteilung der Stellungnahme des LV	Hinweis: diese Stellungnahme umfasst die Betriebsnotwendigkeit (Bauplanung) und die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung
17	§ 10 Abs. 3 APG DVO	öSHT	Erteilt auf Antrag Bescheid nach § 10 Abs. 3 APG DVO	Stellungnahme des LV sollte Anlage des Bescheides sein.
18		öSHT	Prüft, wenn Gebäude fertig gestellt ist, ob es WTG-Konform ist	ev. Beteiligung der Architekten des LV
19	§ 11 Abs. 3 APG	öSHT	erteilt Bestätigung nach 11 Abs. 3 APG	auch hier evtl. die "Stellungnahme des LV" zur Abnahme der Baumaßnahme als Anlage beifügen
20	§11 APGDVO	LV	erteilt Feststellungsbescheid	Feststellung der anererkennungsfähigen Investitionskosten
21	§ 12 APG DVO	LV	erteilt Festsetzungsbescheid	Festsetzung der Aufwendungen im Rahmen der anererkennungsfähigen Investitionskosten alle 2 Jahre